

Protokoll
über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 11.11.2004

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum E070

Anwesenheit

Vorsitzende

Sembritzki, Erika PDS

1. Stellvertreterin der Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter der Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna PDS
Meslien, Daniel SPD
Nagel, Cornelia BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian CDU
Woywode, Robert CDU

stellvertretende Mitglieder

Jagau, Karsten PDS
Schulz, Andreas PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Bluhm, Heidrun
Köppinger, Annette
Meer, Ludger
Schulz, Günter
Seifert, Heike
Selke, Achim
Subke, Bärbel

Leitung: Erika Sembritzki
Schriftführerin: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 3. Sitzung vom 14.10.2004 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
 - 3.1. Situation Obdachlosenheim
4. Umsetzung des SGB II
5. Verweisungen aus dem Hauptausschuss (Beschlussvorlagen)
 - 5.1. Konzept zur Arbeit des kommunalen Präventionsrates
Vorlage: 00079/2004
 - 5.2. Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen für Kinder in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 00270/2004
6. Beratung zu Anträgen aus der StV / HA
 - 6.1. Offene Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 00234/2004
 - 6.2. Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 00243/2004
 - 6.3. Sozialberatungsstellen
Vorlage: 00235/2004
 - 6.4. Sicherung der sozialen Beratungs- und Betreuungsstellen
Vorlage: 00240/2004
7. Konkretisierung der Arbeitsschwerpunkte
8. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Frau Sembritzki eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die zahlreich erschienenen Gäste. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 3. Sitzung vom 14.10.2004 (öffentlicher Teil)**

Das Protokoll wird ohne Änderungen bestätigt.

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 3.1 **Situation Obdachlosenheim**

Nach Auskunft von Herrn Block wird die Wohnungslosenunterkunft in der Anne-Frank-Straße 50/51 noch bis Ende 2005 betrieben. Eigentümer ist die WGS, Betreiber der Unterkunft die Comtact GmbH. Als Kapazität sind 90 Bettenplätze ausgewiesen. Auf Nachfrage wird von der Verwaltung bestätigt, dass die Kapazität für die kommenden Wintermonate ausreichen wird. Innerhalb der Verwaltung wird derzeit das weitere Vorgehen besprochen. Vorgesehen ist, die Leistung zur Unterbringung von Wohnungslosen ab 2006 auszuschreiben.

In diesem Zusammenhang weist Frau Sembritzki auf ein Schreiben der Comtact GmbH an den Ausschuss für Soziales und Wohnen hin, dass das Angebot enthält, sich vor Ort über die Situation der Unterkunft und die dort geleistete Arbeit zu informieren. Die Mitglieder sprechen sich mehrheitlich dafür aus, zunächst die Haushaltsgespräche zum Abschluss zu bringen und im I. Quartal 2005 eine Ausschusssitzung vor Ort einzuplanen. Das Schreiben wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 4 **Umsetzung des SGB II**

Herr Block informiert zu folgenden Punkten:

- Der von den Stadtvertretern gefasste Beschluss über den Vertrag zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft ist zwischenzeitlich der Rechtsaufsichtsbehörde angezeigt worden. Vorbehaltlich deren Zustimmung soll die Vertragsunterzeichnung am 19. 11. 2004 stattfinden.
- Noch offen ist, wann die für die Arbeitsgemeinschaft vorgesehenen Räume am Margarethenhof fertiggestellt sind und der Umzug erfolgen kann.
- Mit Vertretern von Vereinen, Verbänden und Kammern wurde in zwei Informationsgesprächen Konsens dahingehend erzielt, dass mit der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung keine Verdrängung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt einsetzen darf. Gremien, wie z. B. der Beirat als ein Organ der ARGE, sollen dies verhindern helfen. Der Beirat wird aus 12 Mitgliedern bestehen, die sich aus den vier zu beteiligenden Gruppen (Stadtvertreter, Arbeitgeber, Arbeitnehmer sowie die Träger der freien Wohlfahrtsverbände) zusammensetzen werden.

Frau Sembritzki weist darauf hin, dass seitens der Verwaltung die Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten sichergestellt werden muss.

- Um den Antragsrücklauf von derzeit 76 % zu steigern, wird von der Verwaltung in Betracht gezogen, die Zahlung der Sozialhilfe für den Monat Dezember für die Anspruchsberechtigten bis zur Antragsabgabe einzustellen. Die bisher vorgenommenen Aktivitäten (Mahnschreiben, Einladungen) zeigten nicht die gewünschte Resonanz. Sollte es dennoch dazu kommen, dass sich Personen ab Januar 2005 mittellos erklären, stehen AWO und Caritas bereit, die Versorgung vorübergehend zu sichern.
- Auf die Frage von Herrn Meslien nach der Zukunft der Regionalbüros erläutert Herr Block die Vorstellung der Verwaltung, die Standorte in der Galileo-Galilei-Straße sowie Friesenstraße 29 b aufzugeben und lediglich das Regionalbüro in der Anne-Frank-Straße 29 noch befristet für Restarbeiten zu nutzen. Die Aufgaben nach dem SGB XII werden zentral im Stadthaus wahrgenommen.

zu 5 Verweisungen aus dem Hauptausschuss (Beschlussvorlagen)

zu 5.1 Konzept zur Arbeit des kommunalen Präventionsrates

Vorlage: 00079/2004

Frau Seifert führt in die Beschlussvorlage ein. Mit der Überarbeitung des Konzeptes wurde vorrangig das Ziel verfolgt, klare Strukturen zu schaffen, um somit die Arbeit effizienter als bisher gestalten zu können. Um zu verdeutlichen, dass Prävention in einer Kommune mehr als nur Kriminalitätsprävention umfasst, soll eine Umbenennung von "Rat für Kriminalitätsvorbeugung" in "Kommunaler Präventionsrat" erfolgen.

Nach Ansicht von Herrn Woywode hat das Konzept erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit der Ortsteilbeiräte. Er schlägt vor, die heutige Sitzung nur zur Einbringung der Beschlussvorlage zu nutzen und in der Sitzung am 9. 12. 2004 ausführlich zu beraten.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

zu 5.2 Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen für Kinder in der Landeshauptstadt Schwerin

Vorlage: 00270/2004

Frau Sembritzki weist die Ausschussmitglieder ausdrücklich darauf hin, dass die Beschlussvorlage durch den Hauptausschuss nicht zur Vorberatung in den Ausschuss für Soziales und Wohnen verwiesen wurde, sondern auf ihren Wunsch den Mitgliedern zur Kenntnis vorgelegt worden ist.

Auf Nachfrage zur Summe der eingestellten Haushaltsmittel wird durch Frau Seifert auf die Anlage 1/Tabelle 2 verwiesen. Allerdings wird vom Fachamt befürchtet, dass der Ansatz nicht ausreichen wird.

Eine tiefgründige Befassung mit der Vorlage ist aufgrund der Komplexität nicht möglich. Aus diesem Grund wird sich darauf verständigt, dem Vorschlag von Frau Sembritzki zu folgen und interessierten Ausschussmitgliedern die Möglichkeit der Teilnahme an der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 17. 11. 2004 um 17:30 Uhr einzuräumen.

zu 6

Beratung zu Anträgen aus der StV / HA

(Die Tagesordnungspunkte 6.1 – 6.4 werden gemeinsam beraten.)

Die Ausschussmitglieder stimmen zunächst dem Antrag der Ausschussvorsitzenden zu, drei Gästen Rederecht für jeweils acht Minuten einzuräumen.

In allen drei Vorträgen wird auf die derzeitige Situation in den Vereinen und Verbänden aufmerksam gemacht, die durch die bisher fehlenden Informationen aus der Verwaltung über die für das Jahr 2005 geplanten Fördermittel entstanden ist. Ändert sich dieser Zustand nicht schnellstens, müssen vorsorglich Kündigungen ausgesprochen werden. Es wird an die Ausschussmitglieder appelliert, sich für den Erhalt der Vereine und Verbände einzusetzen, da sonst ein wesentlicher Teil der sozialen Struktur der Stadt wegzubrechen droht.

In der sich anschließenden Diskussion wird von den Ausschussmitgliedern die Bedeutung der sozialen Leistungen hervorgehoben. Dennoch ist den Ausschussmitgliedern bewusst, dass zukünftig nicht alle Leistungen in der bisherigen Angebotsbreite aufrecht erhalten werden können und die Erhöhung des Planansatzes Einschnitte an anderer Stelle nach sich ziehen wird. Um allerdings diese Entscheidungen treffen zu können, muss die Verwaltung zunächst die Zahlen offenlegen

Seitens der Verwaltung wird auf die prekäre Haushaltslage der Stadt verwiesen. Trotz aller Anstrengungen ist es nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf 2005 vorzulegen. Der Entwurf, der zwischenzeitlich von der Dezernentenberatung die Zustimmung erhielt, wird einen Fehlbetrag von 27 Mio. € ausweisen. Im UA 47000 wurden Einsparungen in Höhe von rd. 472.000 € vorgenommen, so dass ein Betrag in Höhe von 150.000 € verbleibt und vor allem die Angebote gefördert werden können, die nach dem SGB II Pflichtaufgabe sind. Die von der Verwaltung vorbereitete Übersicht über die Verteilung der Mittel einschließlich der Prioritätenliste wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Die Ausschussmitglieder können den Vorschlag der Verwaltung nicht mittragen und werden der Stadtvertretung empfehlen, im Haushaltsplanentwurf 2005 die Ansätze im UA 47000 in Ansatzhöhe des Jahres 2004 einzustellen.

Frau Sembritzki wird sicherstellen, dass der dafür erforderliche interfraktionelle Antrag vorbereitet und in der Sondersitzung der StV am 22. 11. 2004 behandelt werden kann.

Nach Abstimmung der Ausschussmitglieder (5/2/1) wird Frau Sembritzki über den gefassten Beschluss eine Mitteilung an die Presse gegeben.

zu 6.1 Offene Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 00234/2004

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen schließt sich dem Votum des Jugendhilfeausschusses an.

zu 6.2 Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 00243/2004

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen schließt sich dem Votum des Jugendhilfeausschusses an.

zu 6.3 Sozialberatungsstellen
Vorlage: 00235/2004

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen spricht sich einstimmig dafür aus, die beiden Anträge der SPD-Fraktion (DS 00235/2004) und der PDS-Fraktion (DS 00240/2004) einschließlich des Antrages der Unabhängigen Bürger zur Sondersitzung der Stadtvertretung am 22. 11. 2004 durch einen interfraktionellen Antrag mit folgendem Beschlussvorschlag zu ersetzen:

Die Stadtvertretung möge beschließen, im Haushaltsplanentwurf 2005 die Ansätze im UA 47000 in Ansatzhöhe des Jahres 2004 festzulegen.

zu 6.4 Sicherung der sozialen Beratungs- und Betreuungsstellen
Vorlage: 00240/2004

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen spricht sich einstimmig dafür aus, die beiden Anträge der SPD-Fraktion (DS 00235/2004) und der PDS-Fraktion (DS 00240/2004) einschließlich des Antrages der Unabhängigen Bürger zur Sondersitzung der Stadtvertretung am 22. 11. 2004 durch einen interfraktionellen Antrag mit folgendem Beschlussvorschlag zu ersetzen:

Die Stadtvertretung möge beschließen, im Haushaltsplanentwurf 2005 die Ansätze im UA 47000 in Ansatzhöhe des Jahres 2004 festzulegen.

zu 7 Konkretisierung der Arbeitsschwerpunkte

Für die kommende Sitzung werden folgende Themen zur Beratung vorgeschlagen:

- Konzept zur Arbeit des kommunalen Präventionsrates
- SGB II
- Haushalt

Das Thema Wohnen wird zu einem späteren Zeitpunkt behandelt.

zu 8 Sonstiges

Sondersitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen

Für den 25. 11. 2004 wird eine nicht öffentliche Sondersitzung des Ausschusses zum Thema Haushalt einberufen.

Anfrage von Herrn Pawlitzok

Herr Pawlitzok bittet, ihm neben den Einladungen zu den Ausschusssitzungen zumindest auch die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die den Seniorenbeirat betreffen.

Frau Sembritzki sichert zu, die Information an den Sitzungsdienst weiterzugeben.

Sitzungskalender 2005

Die Verwaltung hat mit Schreiben vom 5. 11. 2004 die Vorschläge für die Sitzungstermine im Jahr 2005 unterbreitet.

Von einigen Ausschussmitgliedern wird aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit die Bitte geäußert, den beabsichtigten Beginn der Sitzungen von 17:00 Uhr auf 18:00 Uhr zu verlegen. Der Bitte wird von allen Ausschussmitgliedern entsprochen.

Mit dieser Änderung werden die vorgeschlagenen Sitzungstermine bestätigt.

Erika Sembritzki

Ausschussvorsitzende

Katy Berend

Protokollführerin